expertenReport

Quelle: Redaktion experten.de / KI-generiert

Sozialstaatsdebatte: 42 Prozent schränken bereits ihren Konsum ein

Michael Fiedler

Die Diskussion über Einschnitte bei Rente, Kranken- und Pflegeversicherung verunsichert große Teile der Bevölkerung. Mehr als 80 Prozent sorgen sich um ihre finanzielle Absicherung – und 42 Prozent geben an, deshalb bereits weniger auszugeben. Das IMK sieht darin ein mögliches zusätzliches Risiko für die ohnehin schwache Konsumnachfrage.

Vier Reformvorschläge stoßen auf breite Ablehnung

Für die Untersuchung wurden zwischen dem 17. Juni und 13. Juli 2026 rund 4.000 Menschen im Alter von 18 bis 75 Jahren online befragt. Vorgelegt wurden ihnen vier derzeit diskutierte Maßnahmen: eine Erhöhung des Renteneintrittsalters, Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, Leistungskürzungen in der Pflegeversicherung sowie die Streichung der Entgeltfortzahlung am ersten Krankheitstag. Insgesamt lehnen 76 Prozent solche Reformen ab, 16 Prozent befürworten sie und acht Prozent äußern sich neutral. Am größten ist die Ablehnung möglicher Leistungskürzungen in der Pflegeversicherung mit 85 Prozent, gefolgt von Kürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung mit 83 Prozent. Eine Streichung der Entgeltfortzahlung am ersten Krankheitstag lehnen 76 Prozent ab, ein höheres Renteneintrittsalter 73 Prozent. Bemerkenswert ist dabei, dass die Ablehnung nicht auf einzelne Einkommens- oder Berufsgruppen begrenzt bleibt. Selbst unter Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 4.500 Euro lehnen 71 Prozent die diskutierten Reformen ab. Auch unter Selbstständigen und Beamten sind jeweils mehr als 60 Prozent dagegen.

Gerade Jüngere sorgen sich um ihre Absicherung

Noch deutlicher fällt das Bild bei der finanziellen Sicherheit aus. 34 Prozent geben an, dass ihnen die Sozialstaatsdebatte große Sorgen um ihre finanzielle Absicherung bereitet, weitere 47 Prozent haben einige Sorgen. Lediglich 19 Prozent äußern keine. Interessant ist insbesondere die Altersverteilung: Bei den unter 30-Jährigen äußern lediglich rund acht Prozent keine Sorgen – damit sorgen sich rund 92 Prozent zumindest in gewissem Umfang um ihre finanzielle Absicherung. Bei den über 65-Jährigen liegt der Anteil ohne Sorgen dagegen bei rund 32 Prozent.

Das ist insofern bemerkenswert, als Forderungen nach einer Begrenzung sozialstaatlicher Ausgaben häufig mit der finanziellen Belastung jüngerer Generationen begründet werden.

Sorgen schlagen auf den Konsum durch

Der wirtschaftlich vielleicht wichtigste Befund betrifft das Konsumverhalten. Insgesamt 42 Prozent der Befragten erklären, sich wegen der Reformdebatte derzeit bei ihren Ausgaben zurückzuhalten. Unter Menschen mit großen Sorgen um ihre finanzielle Absicherung beträgt der Anteil sogar 71 Prozent. Bei Befragten mit einigen Sorgen sind es 35 Prozent und unter Menschen ohne Sorgen lediglich neun Prozent. Die Unterschiede bleiben laut IMK auch dann statistisch signifikant, wenn unter anderem Alter, Einkommen, Bildung, finanzielle Reserven und Parteipräferenz berücksichtigt werden. Die Autoren Jan Behringer, Sebastian Dullien und Lukas Endres warnen deshalb vor einer Rückkopplung: Wenn Haushalte mit möglichen Leistungskürzungen rechnen und deshalb mehr Geld für die private Absicherung zurücklegen, könnte die Konsumnachfrage länger schwach bleiben.

Zusammenhang ist noch kein Kausalitätsnachweis

Bei der Interpretation ist allerdings Vorsicht angebracht. Die Untersuchung beruht auf einer Online-Befragung und nicht auf tatsächlich gemessenen Konsumausgaben. Erfasst wurde, ob Befragte selbst angeben, ihre Ausgaben aufgrund der Sozialstaatsdebatte einzuschränken. Das IMK weist zudem selbst auf mögliche Verzerrungen eines Online-Access-Panels hin. Zwar wurde die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Region und Haushaltseinkommen gewichtet und die Datenqualität unter anderem durch Aufmerksamkeitstests kontrolliert. Nicht unmittelbar kontrollierte Merkmale könnten dennoch von der Gesamtbevölkerung abweichen. Aus den Ergebnissen lässt sich deshalb ein deutlicher Zusammenhang zwischen Sorgen und Konsumzurückhaltung ableiten. Ob und in welchem Umfang die politische Debatte selbst tatsächlich ursächlich für einen Rückgang des privaten Konsums verantwortlich ist, lässt sich mit der Befragung allein nicht bestimmen.

Auch Vertrauen in die Regierung hängt mit Sorgen zusammen

Eine weitere Verbindung zeigt sich beim politischen Vertrauen. Von den Befragten mit großen Sorgen um ihre finanzielle Absicherung geben 57 Prozent an, überhaupt kein Vertrauen in die Bundesregierung zu haben. Unter Menschen mit einigen Sorgen sind es 27 Prozent, bei Befragten ohne Sorgen 16 Prozent. Das IMK kommt deshalb zu einem weitreichenden Schluss: Die Sozialstaatsdebatte könne selbst zu einem wirtschaftlichen und politischen Risiko werden. Die Ergebnisse sprechen zumindest dafür, dass Planungssicherheit bei der sozialen Absicherung nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine konjunkturelle Größe sein kann.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4951614/Sozialstaatsdebatte-42-Prozent-schraenken-bereits-ihren-Konsum-ein/